SAZ Suhler Andere Zeitung
Monatsumschau für Links- und Querdenker
28. Jahrgang / Nr. 03
März 2019
Preis: eine Spende
Nummer: 322
Suhl – Stadt des Friedens seit 1991

Soziale Verantwortung der Kommunalpolitik

Großes Interesse an Verhinderung von Altersarmut *Foto: Ilona Burandt*

Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an einer ausreichenden medizinischen Versorgung und an einem Rentensystem, das vor Altersarmut schützt, ist sehr groß. Das wurde durch die breite Resonanz, die die jüngste Tagung des Sozialausschusses des Stadtrates zu Problemen der haus- und fachärztlichen Versorgung und die Veranstaltung der Koordinierungsgruppe der Vereine und Verbände und des Seniorenbeirates der Stadt Suhl zur Verhinderung von Altersarmut erfuhren, erneut bestätigt. Es wurde deutlich, dass diese Themen sehr wohl im Focus der Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind und dass Kommunalpolitik eine große soziale Verantwortung hat, die sie auch wahrnimmt. Wenn Stadträte parteiübergreifend darum ringen, dass die ärztliche Versorgung künftig separat für Suhl berechnet werden soll und dass die realen Behandlungsfallzahlen dabei berücksichtigt werden sollen, ist das ein wichtiger Schritt, um die Statistik, die eine angebliche Überversorgung diagnostiziert, endlich auf eine reale Grundlage zu stellen. Die Forderung eines Teilnehmers (der kein Politiker ist), die medizinische Versorgung dürfe nicht politisiert werden, weist in die falsche Richtung. Das Niveau der medizinischen Versorgung ist ein Thema, das in den Focus der Politik auf allen Ebenen gehört. Gesundheitsvor- und -fürsorge sind zutiefst politische Aufgaben, sie sollten aber eines nicht sein: profitorientiert.

Dass die Angst vor drohender und real zunehmender Altersarmut gerade in Suhl sehr viele Menschen umtreibt, ist systembedingt. In der Podiumsdiskussion dazu, die durch einen profunden Einführungsvortrag des IG-Metall Geschäftsführers Suhl-Sonneberg Thomas Steinhäuser eingeleitet wurde, war erkennbar, dass auch hier parteiübergreifend Einigkeit darin bestand, dass die jetzige Situation des gesetzlichen Rentensystems unbefriedigend, ungerecht und dringend reformbedürftig ist. Die vorgeschlagenen Wege zur Verbesserung der Situation unterschieden sich. Ina Leukefeld erinnerte daran, dass die LINKE eine Mindestrente von 1.050 EURO vorschlägt und forderte die SPD (im Podium von Diana Lehmann vertreten) auf, sich konsequent von Hartz IV zu trennen. Etwas überraschend war, dass alle Vertreter im Podium, so auch Dr. Martin Kummer (CDU), darin übereinstimmten, dass höhere Löhne das Entscheidende für die Verhinderung von zukünftiger Altersarmut sind. Die Gefahren, die von höheren Mieten und steigenden Preisen ausgehen, wurden in der kurzen, aber lebhaften Diskussion von den Besuchern ebenso thematisiert wie die skandalös hohen betrieblichen Pensionszahlungen an Topmanager.

– Eckhard Griebel –

Keine überstürzte Fusion!

Lange Zeit schien im Freistaat unausgesprochen die Maxime gegolten zu haben, dass es in der Thüringer Politik nie zu spät, doch stets zu früh ist. Die Nichtinangriffnahme von wichtigen Aufgaben wie die Schaffung zukunftssichernder Kommunalstrukturen durch die CDU-Regierungen lässt sich frei nach Dürrenmatt mit diesen Worten charakterisieren. Jetzt überstürzt eine Fusion von Suhl und dem Landkreis Schmalkalden-Meiningen herbei zu führen, wäre aber auch nicht gut. Es muss solide gearbeitet werden.

Philipp Weltzien, Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE im Suhler Stadtrat, betont, dass das Wichtigste im Fusionsprozess eine breite Bürgerbeteiligung ist. Es gehe nicht darum, die Bürger irgendwie „mitzunehmen“, sondern um eine echte Beteiligung, die zu Entscheidungen führt, die von der Mehrheit der Bürger getragen werden. Es sei auch nicht gut, statt Verhandlungen in einer sachlichen Atmosphäre zu führen, alle Probleme in die Wahlkämpfe hinein zu ziehen und dadurch sachgerechte Entscheidungen zu erschweren. Er verweist zudem darauf, dass es zu viele Themen gibt, bei denen die Verhandlungspositionen noch so weit auseinander liegen, dass schwerlich innerhalb weniger Wochen eine Einigung herbeigeführt werden kann. Und er fügt hinzu, dass die verschiedenen Berechnungen über fusionsbedingte Synergieeffekte noch sehr weit auseinanderliegen.

Stadträte der LINKEN und auch anderer Fraktionen warnen indes davor, die Fusionsverhandlungen zum Schüren neuer Ängste und Stimmungen zu nutzen, die auf eine Zementierung nicht länger haltbarer kommunaler Strukturen hinauslaufen. Dass Suhl nicht länger kreisfrei bleiben kann und will, steht fest. Es wäre schön, wenn die jetzt offenbar bereit stehende Fusionsprämie in Höhe von über 40 Millionen genutzt werden könnte.

– Eckhard Griebel –

Im Wahlkreis unterwegs

Kürzlich besuchte Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld die Suhler Tagesstätte für psychisch kranke Menschen, deren Träger das Diakonische Werk Henneberger Land e.V. ist. Sie wollte erfahren, wie die Menschen dort ihren Alltag erleben und welche Hilfen sie erfahren. Psychische Erkrankungen haben enorm zugenommen.

Nach einer kurzen und sehr herzlichen Begrüßung kam sie schnell mit ihnen ins Gespräch. „Unsere Besucher fühlen sich hier angenommen und wertgeschätzt“, meinte die Leiterin Frau Rudel. „Jeder kann hier entsprechend seiner Ressourcen, Fertigkeiten und Fähigkeiten arbeiten“, berichtete sie der Abgeordneten. Selbst eine wohlgeordnete Kleiderkammer lädt zum Stöbern ein. Hier können auch interessierte Suhler für wenig Geld neuwertige Kleidung, Schmuck und Kindersachen kaufen. Die Wäsche der in der Nähe liegenden Wäscherei wird durch die Besucher der Einrichtung an die Kunden ausgeliefert.

Die Frauen und Männer zeigten voller Stolz, was sie so den ganzen Tag über tun. „Ich wusste gar nicht, dass man auch von selbst hierher kommen kann, wenn man Hilfe sucht“, zeigte sich Leukefeld erstaunt. Denn es bedarf keiner Überweisung, wenn man allein mit bestimmten Lebenssituationen nicht mehr klar kommt. Allerdings muss eine Kostenübernahme durch das Sozialamt beantragt werden. Die Friedrich-König-Str. 34-36 ist eine gute Adresse für Hilfe Suchende mit psychischer Erkrankung und/oder deren Angehörige.

Das Angebot der Tagesstätte richtet sich vor allem an Menschen, die einer beruflichen Tätigkeit momentan nicht gewachsen sind, sich in einer Krisensituation befinden oder auch zu vereinsamen drohen. Unterstützung zur Selbstständigkeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, soziale Kontakte finden gehören ebenso zum Aufgabenbereich. Die Menschen sind dankbar, dass sie sich hier ohne Druck beschäftigen können, man merkt es ihnen förmlich an, denn die Augen leuchten, als sie mit Frau Leukefeld reden. „Ich bin beeindruckt, was Sie hier täglich leisten“, sagt die Landtagsabgeordnete zum Abschied und wünscht der Tagesstätte auch für die Zukunft alles Gute, vor allem immer zufriedene und glückliche Besucher.

–Ilona Burandt–

Nachtrag zu 20 Jahre Arbeitslosenparlament

Am 11.02.2019 tagte das Arbeitslosenparlament im 20. Jahr seiner Existenz im Plenarsaal des Thüringer Landtages. Die 150 TeilnehmerInnen / Delegierten kamen aus unterschiedlichen Regionen. Sie vertraten Arbeitslosen-Initiativen, -Verbände und andere gesellschaftliche Gruppierungen. Als Gäste waren Politiker unterschiedlicher Parteien, Vertreter des Job-Centers, von Gewerkschaften und Sozialverbänden eingeladen. Diese nahmen Stellung, was sie von Arbeitslosigkeit halten und wie das Problem der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit gelöst werden könnte. Dabei spürte man Unsicherheit. Dass nach 20 Jahren immer noch ein solches Gremium nötig ist, um Langzeitarbeitslosen eine Stimme und ein Gewicht zu geben, ist mehr ein Störfaktor als ein Grund zu jubilieren. Von Betroffenen wurde geäußert: Sie möchten sich nicht von Maßnahme zu Maßnahme hangeln, sondern dauerhaft und sinnvoll beschäftigt werden.

Mein Eindruck: Die Wirtschaft allein, wie es die CDU hofft, wird dies nicht lösen. Der erste Arbeitsmarkt ist sehr brüchig geworden. Digitalisierung, zunehmender internationaler Konkurrenzdruck in der Wirtschaft und das Bestreben, Personalkosten niedrig zu halten, verstärken die Ansprüche an Beschäftigte. Andererseits sehe ich, wie in vielen „menschenarbeitsintensiven“ gesellschaftlichen Bereichen wichtige humane Aufgaben nicht mehr erledigt oder auf das Ehrenamt abgeschoben werden. Der Gesellschaft geht die Arbeit nicht aus, sondern ihre Bezahlung ist ein Problem geworden. Langzeitarbeitslose leiden darunter ganz besonders. Sie werden abgehängt. Können sie nicht in einem dauerhaft geförderten 2. Arbeitsmarkt endlich wieder Lebensperspektiven bekommen? Das würde Politikverdrossenheit, Passivität und Frusthaltungen entgegenwirken und für ein entspanntes Zusammenleben sorgen.

-Elisabeth Pfestorf-

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer April-Ausgabe 2019 ist am 22.03.2019

Eine interessante BO-Versammlung

Mit Ilona Burandt, Philipp Weltzien und Achim Nickel als Gesprächspartner hatten wir in unserer BO-Versammlung im Februar eine „geballte Ladung“ an Erfahrung in der Stadtratsarbeit zu Gast. Sie gaben uns interessante Einblicke in die Arbeit und beantworteten spezifische Fragen unserer trotz widriger Straßenverhältnisse teilnehmenden 15 Mitglieder.

So wurde deutlich, wie LINKE in der Kommunalpolitik Akzente setzen im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern, denen im Alltag bundespolitische Vorgaben, z.B. in der Sozialpolitik, zu schaffen machen. Das betrifft sowohl finanzielles Abwägen, was machbar ist, als auch das Ringen um Mehrheiten im Stadtrat für einzelne Projekte und Vorhaben. Welche Probleme dabei auftreten, machte u.a. Achim Nickel deutlich mit Erfahrungen als Vorsitzender des Werkausschusses des Eigenbetriebes Kommunalwirtschaftliche Dienstleistungen Suhl und mit seinem Resümee: Dass die ganze Palette kommunaler Daseinsvorsorge zwar gesetzlich vorgegeben ist, aber ständig den örtlichen Gegebenheiten gemäß durchzusetzen und zu entwickeln ist.

Dieser Gedankenaustausch mit Hintergrundinformationen und konkreten Fakten hat unser Verständnis vertieft, dass ihr Engagement im Stadtrat, in seinen Ausschüssen und anderen Gremien höchste Wertschätzung verdient. Es motiviert uns, weiter mit unseren, der Altersstruktur angemessenen Möglichkeiten beizutragen für ein gutes Kommunalwahlergebnis. Das Angebot unserer Stadträte, zwei- oder dreimal im Jahr derart mit uns über unsere Meinungen und Probleme in Gedankenaustausch zu treten, nehmen wir gern an.

-Sonja Reinhardt, BO Nordost-

Der Steuerraub geht weiter

Jedes Jahr prellen Großkonzerne wie Apple, Nike, Google oder McDonald's die Mitgliedstaaten der EU um mehrere hundert Milliarden Euro. In ähnlichen Höhen bewegt sich der Steuerausfall aufgrund der Betrügereien der oberen 10 000, die Teile ihrer Einkünfte in Steuersümpfen verstecken. Laut Schätzungen der EU Kommission klafft alleine bei der Mehrwertsteuer jedes Jahr eine Lücke von rund 150 Milliarden Euro, knapp 50 Milliarden davon werden auf Betrug zurückgeführt. Dem Ganzen setzen dann die Raubzüge von Gangstern in Nadelstreifen das Sahnehäubchen auf, die bei Geschäften wie Cum-Ex, Cum-Cum oder Cum-Fake ihre Rendite auf Kosten der Steuerzahler machen. In Deutschland erbeutete die Finanzmafia mit diesen Geschäften laut Schätzungen circa 32 Milliarden Euro, mindestens 55 Milliarden dürften es EU weit gewesen sein. Bis jetzt.

Fazit: das europäische und deutsche Steuersystem ist ungerecht. Spätestens als 2016 ans Licht kam, dass Apple im Jahr 2014 gerade einmal mickrige 0,005 Prozent Steuern auf seinen Gewinn zahlte - das entspricht 50 Euro pro einer Million Gewinn - ist das allen bekannt. Doch woran krankt es und was kann man dagegen tun?

Konzentrieren wir uns vorerst auf die internationalen Konzerne. Das derzeitige System von Transferpreisen erlaubt es denen, Profite mittels überzogener Lizenz- und Zinszahlungen quer über Ländergrenzen hinweg zu verschieben. Und zwar in Steuersümpfe, wo Konzerne oft nicht mehr als einen Briefkasten und einen Anrufbeantworter haben und wo sie wenig bis gar keine Steuern auf Gewinne zahlen müssen. Einige EU -Staaten, wie Irland, die Niederlande, Luxemburg oder Malta mischen bei diesen Geschäften kräftig mit - auf Kosten anderer Länder. Um diesem Treiben einen Riegel vorzuschieben, müsste man das Steuersystem vom Kopf auf die Füße stellen. Konzerne müssten endlich als globale Einheiten gesehen werden, anstatt als unabhängig voneinander agierende Teile. Ihre Gewinne müssten dort besteuert werden, wo wirtschaftliche Aktivität stattfindet und nicht wo Scheinfirmen gemeldet sind.

Initiativen auf EU-Ebene

Skandalenthüllungen der letzten Jahre, wie Lux-Leaks, Swiss-Leaks oder die Paradise Papers, haben die Öffentlichkeit wachgerüttelt und für die Problematik sensibilisiert. Auf EU-Ebene folgten dementsprechend auch viele Gesetzesinitiativen, um den Steuerraub an der Gesellschaft

einzudämmen. Die Bilanz ist jedoch durchwachsen. Gerade von der Bundesregierung kam in letzter Zeit unrühmliche Schützenhilfe für Steuersümpfe und Großkonzerne, auch unter einem sozialdemokratisch geführten Finanzministerium. So blockiert Olaf Scholz etwa auf europäischer Ebene weiterhin die Einführung einer öffentlichen, länderspezifischen Berichterstattung von internationalen Unternehmen. Gerade diese würde aber dringend benötigte Transparenz in Teile von Konzernbilanzen bringen. Wäre nämlich ersichtlich, wo eine Firma ihre Angestellten hat und wo sie ihre Gewinne verbucht, würde einem die Profitverschiebung aus steuerlichen Gründen sofort ins Auge springen.

Auch bei der von der Kommission vorgeschlagenen Einführung einer Digitalsteuer machte Scholz alles andere als einen schlanken Fuß. Man solle keine Dämonisierung von Internetfirmen betreiben, meinte er und entblößte damit, wie es um seinen Sinn für Steuergerechtigkeit steht. Klar, der Kommissionsvorschlag ist nicht das Gelbe vom Ei. Anstatt auf den Gewinn, zielt dieser auf den Umsatz von Unternehmen ab. Das kann dann auch mal zur Besteuerung führen, obwohl ein Unternehmen Verluste schreibt. Darüber hinaus sind die hohen Schwellenwerte in Form eines globalen Umsatzes von 750 Millionen Euro und eines EU-weiten Umsatzes von 50 Millionen Euro so hoch, dass nur wenige Konzerne am Ende von der Steuer betroffen wären. Die erwarteten EU-weiten Einnahmen stehen mit fünf Milliarden Euro auch in keinem Verhältnis zu den hunderten Milliarden Euro, die EU-Staaten jährlich wegen der Steuertricks der Multis verlieren. Trotzdem wäre es ein Schritt in die richtige Richtung gewesen.

Nationale Gegenmaßnahmen

Diese Beispiele zeigen, wie schwierig es ist, sich auf europäischer beziehungsweise internationaler Ebene auf progressive Reformen der Unternehmensbesteuerung zu einigen. Zu divers ist hierzu momentan die Interessenlage. Deshalb sollten große Länder wie Deutschland auch nicht davor zurückschrecken, in der Zwischenzeit nationale Abwehrmaßnahmen gegen die Gewinnverschiebung einzusetzen. So könnte Deutschland problemlos mit der Erhebung von Quellensteuern auf Finanzflüsse in Steuersümpfe beginnen.

Anstatt Konzerne und den Lebensstil des reichsten Prozents der Bevölkerung zu subventionieren, sollte die Bundesregierung endlich eine Politik für die Menschen machen. Mit den entgangenen Steuereinnahmen könnten dringend notwendige Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur getätigt und der sozial-ökologische Wandel eingeläutet werden. Vorschläge, um dem Steuerdumping entgegenzutreten, liegen auf dem Tisch. Sie müssen nur noch umgesetzt werden.

-Martin Schirdewan-

Unser Autor ist Mitglied des Europäischen Parlaments

Der Bonner Parteitag der Partei DIE LINKE hat Özlem Alev Demirel und Martin Schirdewan(Foto) als Spitzen-Duo für die Europawahl gewählt.

Mahnwache am 8. März

„Wir ziehen in den Frieden“ fordert Udo Lindenberg in seinem jüngsten Song auf. Im Geiste dieser Vision wollen wir am 8. März mit einer Mahnwache
„Frauen für den Frieden“
protestieren: Gegen die weltweit tobenden, Tod und Verderben bringenden Kriege und die wachsende Gefahr eines Infernos, die derzeit durch mörderische Aufrüstung und zerstörerischen Waffenhandel steigt. Wir klagen die Profiteure dieses blutigen Geschäfts – Rüstungsfirmen wie Staaten – an und fordern:
Abrüsten statt Aufrüsten!

Am Internationalen Frauentag geht es uns nicht nur ums gemütliche Beisammensein und „Danke-Schön-Blumen“. Wir wollen bekunden, dass wir uns nicht abfinden mit dem Zustand in dieser waffenstarrenden Welt. Als Mütter und Omas – wie Väter und Opas, die sich solidarisch an unsere Seite stellen – fühlen wir uns verantwortlich für eine gute Zukunft unserer Kinder und Enkel. Wir kommen gern mit Ihnen, liebe Leser, ins Gespräch am

8. März zwischen 11:00 Uhr und 12:00 Uhr an der Treppe zur Marienkirche (gegenüber vom Rathaus)

– Ina Leukefeld, Ilona Burandt, Elisabeth Pfestorf, Sonja Reinhardt –

Termine März 2019

Mo	04.03.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	05.03.	16.30 Uhr	Filmspecial in der Kulturbaustelle „Jakob der Lügner,“ USA/FRA/UNG, 1999, RE: Peter Kassovitz, Eintritt: 4,- € (erm. 3,- €)
		19.00 Uhr	DEFA-Filmklassiker in der Kulturbaustelle „Jakob der Lügner“ DDR/CSSR 1974, Regie: Frank Beyer, Eintritt: 6,- € (erm. 5,-)
		19.00 Uhr	Politischer Aschermittwoch, CCS
Do	07.03.	15.00 Uhr	„Mutige Frauen im Widerstand 1933-45 in Zella-Mehlis“ mit Elke Pudszuhn; Stadt- und Kreisbibliothek Zella-Mehlis
Fr	08.03.	ab 11.00 Uhr	Mahnwache „Frauen für den Frieden“, Hauptkirche St. Marien
Mo	11.03.	15.00 Uhr	Kaffeeklatsch mit Ina in Zella-Mehlis, Jägerstube, Feldgasse 23, anschließend Bürgersprechstunde
Mo	11.03.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	12.03.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	13.03.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde mit Brigitte und Hella, Geschäftsstelle
Do	14.03.	19.00 Uhr	Gesprächsforum ALTERNATIV, Kulturbaustelle „Zur Geschichte und Gegenwart des Anarchismus“ Bernd Löffler & Stefan Räthel
Fr	15.03.	09.30 Uhr	Erwerbslosenfrühstück, Geschäftsstelle
Sa	16.03.	09.00 Uhr 11.30 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Aufstellversammlung zur Wahl des Direktkandidaten für die Landtagswahl. Hotel „Michel“
So	17.03.	10.00 Uhr	Ehrung der bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches gefallenen Arbeiter am Gedenkstein auf dem ehemaligen Mehliser Friedhof - heute Parkanlage
		11.00 Uhr	Vortrag zum Thema „Aktionseinheit der Arbeiter schlägt die Kapp-Putschisten“, Referent: Historiker Heinrich Jung, im Kinder-und Jugendfreizeittreff Hugo-Jacobi-Str.
Mo	18.03.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE,‘ Neues Rathaus
Di	19.03.	19 00 Uhr	Kino hinter der Fassade in der Kulturbaustelle „GUARDIANS OF THE EARTH“ Österreich, Deutschland 2017, Regie: Filip Antoni Malinowsk, Eintritt: 4,- € (erm. 3,- €)
Mi	20.03.	17.00 Uhr	Stadtrat, Rathaus
Mo	25.03.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	26.03.	15.00 Uhr	Kaffeeklatsch mit Ina in Vesser, Café Waldgasthof
		17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	27.03.	14.00 Uhr	Seniorencafe, Geschäftsstelle
30.03. bis 31.03			Landesparteitag in Gera

Vorschau April 2019

Mo	01.04.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Fr	05.04.	16.00 Uhr	Gedenken auf dem Heinrichser Friedhof
Sa	06.04.	09.00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung zur Aufstellung der Liste zur Kommunalwahl

Kaffeeklatsch mit der Suhler Landtagsabgeordneten Ina Leukefeld

Als direkt gewählte Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Suhl, Zella-Mehlis und Oberhof bin ich viel mit Menschen im Gespräch, um zu erfahren, wie es ihnen geht, welche Sorgen und Probleme sie haben und wie man Politik im Sinne der Menschen gestalten sollte.

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zella-Mehlis!

Das Jahr 2019 ist für Thüringen ein wichtiges politisches Jahr. Neben den Europa– und Kommunalwahlen wird auch der Landtag neu gewählt. Zudem gibt es gegenwärtig verstärkt Bemühungen, die Zusammenarbeit auf dem Weg in ein künftiges Oberzentrum zwischen den Städten Zella-Mehlis und Suhl weiter zu verbessern.

Es gibt also viele Themen, zu denen ich gerne mit Ihnen diskutieren würde. Daher lade ich Sie recht herzlich zu einem gemeinsamen Kaffeeklatsch ein.

Im Anschluss biete ich eine Bürgerstunde an, wo auch über individuelle Fragen und Probleme gesprochen werden kann.

Wann? Montag, 11.03.2019 um 15.00 Uhr
Wo? Jägerstube Zella-Mehlis
Feldgasse 23

Allen Leserinnen gratulieren wir zum Internationalen Frauentag